

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Bruno Hollnagel, Franziska Gminder, Armin-Paulus Hampel, Peter Boehringer, Tino Chrupalla, Siegbert Droese, Martin Hebner, Dr. Heiko Heßenkemper, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, Steffen Kotré, Corinna Miazga, Hansjörg Müller, Dr. Harald Weyel, Marc Bernhard, Jürgen Braun, Joana Cotar, Peter Felser, Dr. Anton Friesen, Markus Frohnmaier, Mariana Iris Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Johannes Huber, Jörn König, Dr. Rainer Kraft, Rüdiger Lucassen, Frank Magnitz, Jens Maier, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Gerold Otten, Jürgen Pohl, Martin Reichardt, Ulrike Schielke-Ziesing, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, René Springer, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD**

### **Den Steuerzahlern einen fairen Anteil lassen – Senkung der Umsatzsteuer von 19 Prozent auf 15 Prozent beziehungsweise von 7 Prozent auf 5 Prozent**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das deutsche Steueraufkommen ist im Zeitraum von 2006 bis 2018 stärker als die verfügbaren Einkommen gestiegen. Während das Steueraufkommen um circa 60 Prozent<sup>1</sup> (durchschnittlich um circa 3,9 Prozent im Jahr) gestiegen ist, stieg der durchschnittliche Nettolohn hingegen nur um knapp 32 Prozent<sup>2</sup> (jährlich 2,3 Prozent). Die beiden aufkommensstärksten Steuern – die Einkommensteuer, mit einem Anteil von knapp 35 Prozent am Steueraufkommen und die Umsatzsteuer, mit einem Anteil von gut 30 Prozent<sup>3</sup> –, sind wesentliche Treiber dieser Entwicklung. Das Aufkommen der Einkommensteuer ist um 70 Prozent (jährlich 4,5 Prozent), das Aufkommen der Umsatzsteuer um 60 Prozent (jährlich 4 Prozent) gestiegen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Daten aus kassenmäßigen Steuereinnahmen nach Steuerarten in den Kalenderjahren 2002 bis 2017 und eigene Berechnungen. Daten für 2018 verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/166381/umfrage/steuereinnahmen-laut-steuerschaetzung/> (zuletzt abgerufen 31. Januar 2020).

<sup>2</sup> Daten für 2018: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164047/umfrage/jahresarbeitslohn-in-deutschland-seit-1960/> (zuletzt abgerufen am 24. Januar 2020).

<sup>3</sup> [www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Steuereinnahmen/Tabellen/steuerhaushalt-kassenmaessige-steuereinnahmen-vor-steuerverteilung.html](http://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Steuereinnahmen/Tabellen/steuerhaushalt-kassenmaessige-steuereinnahmen-vor-steuerverteilung.html) (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2020)

<sup>4</sup> Eigene Berechnungen.

Allein die Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent zum Anfang des Jahres 2007 begründete im Laufe der Zeit zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe eines ganzen Bundeshaushalts.<sup>5</sup>

Innerhalb der EU gilt für die reguläre Umsatzsteuer derzeit eine Untergrenze von 15 Prozent, für den ermäßigten Satz sind es 5 Prozent.

Die sprudelnden Steuerquellen sind ursächlich für einen Überschuss im Bundeshaushalt des Jahres 2019 in Höhe von 13,5 Milliarden Euro<sup>6</sup> und den Haushaltsüberschuss des Jahres 2018 von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 42,9 Milliarden Euro.<sup>7</sup>

Die Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen in den OECD-Staaten partizipieren nur zu circa 17 Prozent an der Steigerung des BIP pro Kopf, die Bezieher des Medianeinkommens zu 59 Prozent und die Bezieher in den oberen Einkommensklassen zu circa 100 Prozent.<sup>8</sup> Die unteren Einkommensklassen sind unverhältnismäßig belastet, so konstatiert das Statistische Bundesamt: Das „[Wirtschafts-] Wachstum kommt bei den unteren Schichten kaum an“.<sup>9</sup>

Eine Reduktion der Umsatzsteuer entlastet Bürger und Unternehmen und erhöht so die Kaufkraft von Einkommen und Barvermögen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Reduktion des Umsatzsteuersatzes von derzeit 19 Prozent auf 15 Prozent und des ermäßigten Steuersatzes von derzeit 7 Prozent auf 5 Prozent zum 1. Januar 2022 vorsieht.

Berlin, den 26. Februar 2021

**Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion**

<sup>5</sup> Mehreinnahmen bis 2017 in Höhe von 275 Milliarden Euro: [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/Umsatzsteuer-erhoehung-brachte-dem-staat-mehreinnahmen-14863261.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/Umsatzsteuer-erhoehung-brachte-dem-staat-mehreinnahmen-14863261.html) (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2020). Bundeshaushalt 2007: 270,8 Milliarden Euro.

<sup>6</sup> [www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2020/01/2020-01-13-PM01-Abschluss-BHH2019.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2020/01/2020-01-13-PM01-Abschluss-BHH2019.html) (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2020).

<sup>7</sup> Stand: April 2019: <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2019/07/Inhalte/Kapitel-6-Statistiken/6-1-09-entwicklung-des-oeffentlichen-gesamthaushalts.html> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2020).

<sup>8</sup> Daten für 1995-2011: <https://de.statista.com/infografik/3439/jahreswachstum-des-bip-pro-kopf-und-des-verfuegbaren-haushaltseinkommens-im-oecd-durchschnitt/> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2020).

<sup>9</sup> Ebenda.

## Begründung

### Ungenügende Partizipation der kleinen Einkommen am Wirtschaftswachstum

Die Steuereinnahmen sind wesentlich stärker als das den Bürgern verbleibende Nettoeinkommen gestiegen. Zusätzlich stellt das Statistische Bundesamt heraus, das „[Wirtschafts-] Wachstum kommt bei den unteren Schichten kaum an“. In den OECD-Staaten partizipieren die Bezieher mittlerer und niedriger Einkommen nur zu circa 17 Prozent an der Steigerung des BIP pro Kopf, die Bezieher des Medianeinkommens zu 59 Prozent und die Bezieher in den oberen Einkommensklassen zu circa 100 Prozent. Die sozial fragwürdigen Verteilungswirkungen in Deutschland können durch eine Senkung der Umsatzsteuer korrigiert werden. Hierdurch verbleibt den Bürgern ein höherer Anteil an der Wirtschaftsleistung und die unteren Einkommen mit ihren hohen Ausgabenquoten werden entlastet.

### Die soziale Komponente der Umsatzsteuer-Senkung

Eine Senkung der Umsatzsteuer erhöht nicht nur die Kaufkraft privater Einkommen, sondern auch die der Ersparnisse. Arbeiter, Angestellte und Rentner sind die Nutznießer. Auch Clemens Fuest stellt fest, dass eine Senkung der Umsatzsteuer „breitere Bevölkerungsschichten erreichen“ würde.<sup>10</sup>

Das DIW hat berechnet, was eine Senkung der Umsatzsteuer um einen Prozentpunkt sowie teilweise der ermäßigten Umsatzsteuer um 2 Prozentpunkte bringen würde:

Im Ergebnis würde durch eine Senkung der Umsatzsteuer das unterste Zehntel der Einkommen um knapp ein Prozent entlastet. Mit steigendem Einkommen ginge die Entlastung zwar kontinuierlich zurück, würde beim obersten Zehntel aber immer noch knapp 0,4 Prozent betragen. Von einer Einkommensteuersenkung hätten Geringverdiener dagegen nichts, da sie aufgrund des Grundfreibetrags keine oder kaum Steuern zahlen.<sup>11</sup>

### Finanzierung

Die Reduktion der Umsatzsteuer reduziert das Steueraufkommen zunächst in Höhe von ca. 51 Milliarden Euro. Die Mindereinnahmen trafen in Höhe von 25 Milliarden Euro den Bund, in Höhe von 24 Milliarden Euro die Länder und in Höhe von 1,6 Milliarden Euro die Kommunen.<sup>12</sup> Zur Gegenfinanzierung stehen diverse Haushaltsposten und Ausgaben bereit:

- Die Haushaltsüberschüsse des Bundes, der Ländern und Gemeinden betragen 2019 zusammen 42,9 Milliarden Euro.<sup>13</sup>
- Eine weitere Gegenfinanzierung ist eine Versagung der geforderten Erhöhung der EU-Beiträge von derzeit circa 30 Milliarden Euro auf bis zu 60 Milliarden Euro jährlich.
- Die kalte Progression der Einkommensteuer führt zu einer jährlichen Einnahmesteigerung in Höhe von circa 4 Milliarden Euro.<sup>14</sup> Die Belastungen wachsen in 5 Jahren zu einer Summe von jährlich 20 Milliarden Euro.
- Außerdem könnten die Kosten der Migration durch Rückführung nicht Bleibeberechtigter erheblich gesenkt werden. Dazu: Die Ablehnungsquote von Asylanträgen lag 2019 bei 61,8 Prozent.<sup>15</sup> Das Bundesministerium für Finanzen: „Die meisten Studien schätzen die Kosten pro Flüchtling und Jahr auf einen Betrag zwischen 12.000 und 20.000 Euro.“<sup>16</sup>

<sup>10</sup> <https://causa.tagesspiegel.de/politik/ist-jetzt-der-richtige-zeitpunkt-fuer-steuersenkungen/entlastungen-jetzt.html> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2020).

<sup>11</sup> vgl. DIW Wochenbericht Nr. 31, S.631; abrufbar unter : [www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.562886.de/17-31-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.562886.de/17-31-1.pdf) (zuletzt abgerufen am 24. Februar 2020).

<sup>12</sup> Grundlage Verteilung des Jahres 2018; [https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche\\_Finanzen/Foederale\\_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/Der-Bundestaatliche-FAG.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/Der-Bundestaatliche-FAG.pdf?__blob=publicationFile&v=5) (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2020).

<sup>13</sup> Stand April 2019: [www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2019/07/Inhalte/Kapitel-6-Statistiken/6-1-09-entwicklung-des-oeffentlichen-gesamthaushalts.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/2019/07/Inhalte/Kapitel-6-Statistiken/6-1-09-entwicklung-des-oeffentlichen-gesamthaushalts.html) (zuletzt abgerufen am 7. Februar 2020).

<sup>14</sup> IW-Kurzbericht 18/2018: Effekt der kalten Progression bis 2021: [www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/martin-beznoska-tobias-hentze-effekt-der-kalten-progression-bis-2021-380274.html](http://www.iwkoeln.de/studien/iw-kurzberichte/beitrag/martin-beznoska-tobias-hentze-effekt-der-kalten-progression-bis-2021-380274.html) (zuletzt abgerufen 31. Januar 2020).

<sup>15</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/197867/umfrage/abgelehnte-asylantraege-in-deutschland/>

<sup>16</sup> veranschlagt das Bundesfinanzministerium die "asylbedingten Kosten des Bundes" für die Jahre 2016 bis 2020 auf 99,8 Milliarden Euro, also rund 20 Milliarden pro Jahr.

- Die Reduzierung der Umsatzsteuer führt zu einer Erhöhung der Kaufkraft von Einkommen und Ersparnissen. Daraus ist ein Wachstumsimpuls zu erwarten, der die Steuereinnahmen insgesamt vermehren und Sozialkosten vermindern würde.
- Darüber hinaus hat der Staat erhebliche Einsparpotentiale durch einen sorgfältigeren Umgang mit Steuermitteln – auf das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler wird verwiesen.

Zu bedenken ist, dass die Zinsausgaben im Jahr 2018 nur noch 16,4 Milliarden Euro betragen und mit dem Auslaufen alter Anleihen weiter fallen werden. Im Vergleich zum Jahr 2008 (40,2 Milliarden Euro) ist das eine Zinsersparnis von 23,8 Milliarden Euro<sup>17</sup> jährlich.

Durch eine Veränderung der Politikschwerpunkte könnten weitere Einsparungen erzielt werden: Der Kohleausstieg wird mit einer Rückstellung im Bundeshaushalt in Höhe von 40 Milliarden Euro abgedeckt, der Green Deal soll mit dem JIT-Fonds gefördert werden und die Düngemittelverordnung mit der „Bauernmilliarde“.<sup>18</sup> Die Klimawende wird laut BDI bis zum Jahr 2050 bis zu 2.300 Mrd. Euro kosten.<sup>19</sup> Das neuerliche Klimapaket ist darin nicht enthalten. Sollte die Klimapolitik unter globalen Gesichtspunkten eine Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen weiterhin anstreben, so besteht Einsparpotential darin, die Gelder dort einzusetzen, wo die höchsten Effekte zu erwarten sind.

---

<sup>17</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157800/umfrage/entwicklung-der-zinsausgaben-des-bundes-seit-1969/> (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2020).

<sup>18</sup> [www.bild.de/politik/inland/politik-inland/duengeverordnung-koalition-verspricht-milliarden-hilfe-fuer-landwirte-67652694.bild.html](http://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/duengeverordnung-koalition-verspricht-milliarden-hilfe-fuer-landwirte-67652694.bild.html) (zuletzt abgerufen am 31. Januar 2020).

<sup>19</sup> [www.welt.de/wirtschaft/energie/article172622880/BDI-Studie-Klimaschutz-kostet-uns-2-300-000-000-Euro.html](http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article172622880/BDI-Studie-Klimaschutz-kostet-uns-2-300-000-000-Euro.html)







